

Industrie schafft Zukunft – Politik für den industriellen Mittelstand

Wunschkapitel in einem Koalitionsvertrag aus Sicht des VDMA



Selbstverständnis und Herleitung

Warum der VDMA einen Koalitionsvertrag schreibt

Der VDMA vertritt die Interessen des industriellen Mittelstandes. Im Verband organisiert sind über 3.300 Mitgliedsfirmen, die im Durchschnitt 180 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen. In vielen Fällen sind sie eigentümergeführt und (Welt)Marktführer mit ihren Produkten, darunter viele Hidden Champions. Neben kleinen und mittleren Unternehmen sind auch sog. Midcap-Companies, also größere Mittelständler, sowie von Stiftungen getragene oder börsennotierte Industrie- und Technologiekonzerne im VDMA organisiert und bringen dort ihre Interessen ein.

Insgesamt beschäftigt der Maschinen- und Anlagenbau in Deutschland gut **1,3 Mio. Menschen**. Die **Exportquote** der Unternehmen liegt im Durchschnitt **bei 80 Prozent**, ihre **Ausbildungsquote** bei **6,1 Prozent** (2019). Der durchschnittliche **Bruttojahresverdienst** für einen Vollbeschäftigten liegt bei **mehr als 60.000 EUR**. Mit ca. **200.000** Personen ist die Branche der **größte Ingenieurarbeitgeber** in Deutschland und Innovationsmotor. **Als „Ausrüster der Welt“** für die gesamte Bandbreite der Industrie ist der Maschinenbau einer der **wichtigsten Wegbereiter für eine klimaneutrale Wirtschaft und Treiber der Digitalisierung**.

All das macht die Unternehmerinnen und Unternehmer, die Managerinnen und Manager sowie ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu einem **bedeutenden Teil der Gesellschaft**. Als Verband leiten wir daraus den Anspruch ab, uns aktiv in politische Diskussionen einzubringen. Wir sind **Teil der Zivilgesellschaft** und bieten an, über **Lösungswege** für die vor uns liegenden Herausforderungen **zu diskutieren** und **konkrete Vorschläge** zu unterbreiten.

Aus diesem Anlass veröffentlichen wir in diesem Jahr **Wunschkapitel in einem Koalitionsvertrag 2021**. Öffentlich und transparent haben wir ausformuliert, was wir von einer neuen Bundesregierung erwarten, um unseren gesellschaftlichen Beitrag für Innovationen, Wohlstand und Beschäftigung zu leisten.

Wir machen Politik und Gesellschaft ein Angebot, mit uns zu diskutieren.

VDMA-Präsident
Karl Haeusgen



Wunschkapitel: Industrieller Mittelstand

Wir erkennen die Bedeutung und den Beitrag des industriellen Mittelstandes für Wohlstand und Beschäftigung in Deutschland und Europa an. Unser Sozialsystem wie auch viele Städte und Gemeinden verdanken den mehreren tausend kleinen und mittleren Unternehmen und ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einen bedeutenden Teil ihrer finanziellen Stärke und ihrer Leistungsfähigkeit. Auch Sport und Kultur gäbe es nicht ohne diese Unternehmen und ihrem Beitrag zu den kommunalen Finanzen oder als direkte Förderer.

Damit dies auch in Zukunft möglich ist, wollen wir eine Politik für den industriellen Mittelstand – als Rückgrat der deutschen Industrie – gestalten. Dafür bedarf es eines **klaren ordnungspolitischen Kompasses, verlässlicher Rahmenbedingungen, Technologieoffenheit** und einer **guten Infrastruktur**. Das Erfolgskonzept dieser Unternehmen ist u.a. die anwendungsnahe Entwicklung von Lösungen für den Klimaschutz, den Wandel der Antriebstechnologien, die Kreislaufwirtschaft sowie die Digitalisierung der Produktion.

Damit die Unternehmen dies effizient in und aus Deutschland heraus umsetzen können, wollen wir die nachfolgenden Bereiche in einem **konstruktiven Austausch mit der Industrie** gestalten.

Wunschkapitel: Außenwirtschaftspolitik

Der deutsche Maschinen- und Anlagenbau exportierte in den vergangenen Jahren trotz der Auswirkungen der Corona-Pandemie rund 80 Prozent seiner Komponenten, Maschinen und Anlagen. Davon wird mehr als die Hälfte in Länder außerhalb der EU geliefert. Deutschlands **Wohlstand hängt deshalb maßgeblich vom Export ab**. Weltweit haben in den letzten Jahren die protektionistischen Tendenzen zugenommen. Deutschland ist dafür schlecht gerüstet.

Wir sind eines der wenigen Industrieländer, das die Kompetenzen für die Außenwirtschaft nicht in einem Handels- oder Außenwirtschaftsministerium bündelt. Wir werden daher einen **Staatsminister für Außenwirtschaft im Bundeskanzleramt** etablieren, der sich um die Belange der Exportwirtschaft kümmern wird. Da Abschottung und Local-Content-Anforderungen auf dem Vormarsch sind, ist es an der Zeit, die deutsche **Außenwirtschaftspolitik neu zu denken und aktiver zu gestalten**. Dazu werden wir uns dafür einsetzen, den Abschluss neuer **Handels- oder Investitionsabkommen** durch die Europäische Union voranzutreiben, um **Exportmärkte zu öffnen bzw. offen zu halten**. Zum Schutz der Industrie in Deutschland und Europa vor unfairem Wettbewerb wollen wir die Einführung eines **europäischen Instruments gegen subventionierte Unternehmen aus Drittstaaten** voranbringen.

Gleichzeitig werden wir exportierende Unternehmen stärker flankieren und unterstützen. Besonders im Wettbewerb mit anderen Industriestaaten werden wir unsere **Außenwirtschaftspolitik strategisch neu denken**. Zur Unterstützung der Exportindustrie werden wir eine **grundlegende Reform der Exportfinanzierung** einleiten, damit dieses Instrument nicht nur von der Großindustrie, sondern auch von kleineren und mittleren Unternehmen genutzt werden kann. Für ein global eingebundenes Deutschland und Europa werden wir innerhalb der ersten 100 Tage das **CETA-Abkommen** ratifizieren und uns dafür einsetzen, dass in den nächsten zwei Jahren auch das **Mercosur-Abkommens** ratifiziert wird. Das **Offenhalten**

des Investitionsstandorts Deutschland ist für uns **oberste Prämisse**. Deutschland braucht Investitionen aus dem Ausland.

Zum Schutz der Unternehmen vor wirtschaftlichem Druck aus Drittstaaten werden wir in der ersten Hälfte der Legislaturperiode auf Ebene der Europäischen Union eine **Initiative für mehr Resilienz** der deutschen und europäischen Wirtschaft **gegenüber der Wirkung extraterritorialer Sanktionen** starten – und falls nötig eine Koalition der Willigen dazu anführen.

Die **Aufstockungen der Mittel für die Außenwirtschaftsförderung** unter Wahrung der bewährten Strukturen führen wir fort. Es geht dabei vor allem um das BMWi-Auslandsmesseprogramm und -Markterschließungsprogramm sowie die Exportinformationen der Germany Trade and Invest (gtai).

Wunschkapitel: Klimapolitik

Unser industrieller Mittelstand und die deutsche Industrie bieten die technologischen Lösungen für eine bessere Klima- und Energiezukunft. Wir begrüßen und unterstützen den Klimavertrag von Paris. Um den Temperaturanstieg auf möglichst 1,5°C gegenüber vorindustriellen Werten zu begrenzen, werden wir schon in diesem Jahrzehnt weitere große Anstrengungen unternehmen. Der deutsche und europäische Maschinen- und Anlagenbau ist **Lösungsanbieter** und steht dafür, aus den großen Megatrends ökonomische Chancen zu machen – diese Innovationsfähigkeit wollen wir nutzen. Dazu gehören die Kreislaufwirtschaft mit veränderten Produkt- und Produktionsanforderungen und Entwicklungen im Bereich der klimaneutralen Produktion entlang der Wertschöpfungsketten, die größere Verfügbarkeit Erneuerbarer Energien, der Aufbau einer Wasserstoff-Wirtschaft und die Transformation in der Mobilität.

Um diesen Herausforderungen erfolgreich begegnen zu können, setzen wir unseren Fokus auf **Verlässlichkeit**. Entscheidend ist ein **technologieoffener** und **über die Grenzen der Sektoren und Energieträger hinwegreichender politischer Ordnungsrahmen**. Konkret werden wir daher eine umfassende Reform der energiebezogenen Steuern, Abgaben und Umlagen der Energieträger nach Treibhausgasintensität pro Energiegehalt angehen.

Darüber hinaus wollen wir eine **globale Handelsmöglichkeit mit Emissionsminderungen** vorantreiben. Paris sieht entsprechende Mechanismen vor, die bisher unter dem sogenannten Artikel 6 aber als einziges großes Element des Regelbuches noch nicht ausverhandelt sind.

Wir werden das regulatorische Design für die **Kreislaufwirtschaft sorgfältig umgestalten**, so dass Innovation und Kreativität nicht behindert werden. Es gilt, Know-how und Technologieoffenheit zu schützen und gleichzeitig gemeinsame Standards für nachhaltiges Produktdesign und einen gut funktionierenden Sekundärrohstoffmarkt zu etablieren.

Wunschkapitel: Steuerpolitik

Während in der Corona Krise einige Wirtschaftsbereiche heruntergefahren wurden, war es Industriezweigen wie dem Maschinenbau zunächst weiter möglich, ihre Auftragsbücher abzarbeiten. Die Branche hat während der Krise einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Versorgungssicherheit der Menschen geleistet. Es wurde deutlich, dass es für die Bundes-

republik Deutschland unerlässlich ist, ideale Rahmenbedingungen für den Ausbau als Industriestandort zu schaffen. Die Steuerpolitik erkennen wir als einen wesentlichen Baustein an. Sie sichert die für den Aufschwung und die tiefgreifende Transformation unserer Wirtschaft notwendige finanzielle Grundlage. Was die Wirtschaft braucht, sind verlässliche, dauerhaft förderliche Rahmenbedingungen, um den Wiederaufschwung zu flankieren, um die in Deutschland notwendigen Investitionen zu ermöglichen. Ein **zeitgemäßes Steuerrecht** ist ein wichtiger Baustein für eine international wettbewerbsfähige Wirtschaft und einen attraktiven Investitionsstandort. Wir wollen daher das **Unternehmensteuerrecht** in Deutschland **reformieren** und modernisieren. Angestrebt wird, Unternehmensgewinne jeglicher Art effektiv mit nicht mehr als 25 Prozent Ertragsteuern zu belasten. Dies schließt ebenfalls die Belastung durch die Gewerbesteuer mit ein.

Als wesentliche Beiträge für dieses Ziel wollen wir bereits in den ersten 100 Tagen unserer Regierungszeit drei Sofortmaßnahmen auf den Weg bringen: Wir verpflichten uns in diesem Zeitraum zur **vollständigen Abschaffung** des verbleibenden **Solidaritätszuschlages** und schaffen so gleichermaßen Entlastung für Bürgerinnen und Bürger und Investitionsspielräume für Unternehmen. Wir werden ein **Abschreibungsprogramm** auf den Weg bringen, welches Unternehmen ermöglicht über die **dauerhafte Wiedereinführung der degressiven Abschreibung** für mehr private Investitionen und damit für mehr Wachstum und Innovation sorgen zu können.

Wir erkennen an, dass zu einem fairen Steuersystem nicht nur eine leistungsgerechte Besteuerung von Gewinnen, sondern auch eine faire Behandlung von Verlusten gehört. Wir verpflichten uns daher, den **steuerlichen Verlustrücktrag zu verbessern**. Dabei wollen wir nicht nur das Verrechnungsvolumen erhöhen, sondern auch eine **zeitliche Ausweitung der Rücktragsmöglichkeit** vornehmen. Weiterhin werden wir die **vollständige Abschaffung** der sogenannten **Mindestbesteuerung prüfen** und falls möglich durchführen. In jedem Fall werden wir den Anteil der steuerlichen Verluste, die oberhalb des Sockelbetrages von 1 Mio. Euro abgezogen werden können, deutlich (mindestens auf 80 Prozent) erhöhen.

Mittelfristig streben wir bis zur Hälfte der Legislaturperiode eine **umfassende Überprüfung des Steuerrechts auf Reform- und Modernisierungsbedarfe** an, beispielsweise hinsichtlich der Digitalisierung der Besteuerungsverfahren. Insbesondere aber nicht ausschließlich, sollen dabei die folgenden Aspekte im Vordergrund stehen: Das Steuerzins-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes war ein Weckruf. Wir verpflichten uns, umgehend eine **Neureglung zur Verzinsung von Forderungen aus dem Steuerschuldverhältnis** zu schaffen, die nicht nur das bereits seit einiger Zeit bestehende, niedrige Zinsniveau abbildet, sondern auch in die Zukunft gerichtet dynamisch bleibt und auf starke Bewegungen des Leitzinses schnell reagiert.

Wir erkennen die **betriebliche Altersvorsorge** als wichtigen Baustein zur Alterssicherung der arbeitenden Bevölkerung an. Ein wesentliches Element stellt dabei die Pensionszusage von Unternehmen an ihre Arbeitnehmer dar. Um dieses Instrument zu stützen, kommen wir einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zuvor und verpflichten uns den **steuerlichen Rechnungszins für die steuerliche Abzinsung von Pensionsrückstellung** auf ein niedrigeres, marktgerechtes und faires Niveau **abzusenken**.

Insbesondere die Corona Pandemie hat gezeigt, dass eines der zentralen kommunalen Finanzierungselemente, die **Gewerbesteuer, nicht krisenfest** ausgestaltet ist. Auch birgt diese Steuer massive administrative Hürden. Wir werden daher eine **Reform der Gewerbesteuer** vornehmen, um die **kommunale Finanzierung resilienter** zu gestalten, die

Besteuerung eng an der Ertragssituation auszurichten und gleichzeitig die **Steuerzahler und Steuerzahlerinnen administrativ zu entlasten**. Dies ist uns ein besonderes Anliegen, da solide Kommunalfinanzen eine wesentliche Voraussetzung für die meisten Infrastrukturinvestitionen, beispielsweise in Bildungseinrichtungen oder auch in Einrichtungen der sozialen und gesellschaftlichen Teilhabe wie Museen, Theater oder Schwimmbäder darstellen.

Langfristig vertrauen wir auf die Stärke des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Daher halten wir ein wachstumsorientiertes Wirtschafts- und Steuersystem für unerlässlich. In diesem Sinne verpflichten wir uns für die gesamte Dauer der Legislaturperiode auf die **Erhebung neuer Steuern wie einer Vermögensteuer oder auch einer einmaligen Vermögensabgabe zu verzichten**, um so insbesondere den vielen inhabergeführten Unternehmen mehr Investitionsspielräume zu ermöglichen und somit im Ergebnis Innovationen in Klimaschutztechnologien und klimafreundliches Wachstum zu fördern.

Wunschkapitel: Digitalisierung

Der deutsche Maschinen- und Anlagenbau ist als Anbieter und Anwender führend in der Entwicklung von Industrie 4.0. Die dort entwickelten digitalisierten Produktions- und Geschäftsprozesse finden nicht nur im Maschinenbau, sondern auch in anderen Industrien Anwendung. Das macht den Maschinen- und Anlagenbau zum ersten Ansprechpartner für Digitalisierung.

Corona hat Anwendung und Entwicklung der Digitalisierung noch beschleunigt. Daher wollen wir der **Digitalpolitik in Parlament und Regierung ein größeres Gewicht** geben. Wir wollen Wirtschaft und Industrie effiziente politische Strukturen und **kompetente Ansprechpartner** bieten. Unternehmen werden die Möglichkeit erhalten, ihre Stärken auch in einer digitalen Welt nutzen zu können, um weiterhin wettbewerbsfähig zu sein. Wir werden uns daher für eine möglichst **enge Zusammenarbeit Europas in der Digitalpolitik** stark machen. Dazu gehören vor allem **gemeinsame Cloudinfrastrukturen**. Denn nur durch die digitale Souveränität der Unternehmen lässt sich der Wirtschafts- und Produktionsstandort Europa in einer globalisierten Welt sichern.

Wir wollen einen **zügigen Ausbau der digitalen Infrastruktur**, d.h. Aufbau einer zuverlässigen, nationalen 5G-Infrastruktur in der Breite. Deutschland braucht das beste Breitbandnetz der Welt – auch im ländlichen Raum. Die Sicherstellung des **Schutzes von Daten und Know-how** entlang der Wertschöpfungskette machen wir zum Top-Thema und lassen Unternehmen, die von **Cyberangriffen** betroffen sind, nicht allein. Gleichzeitig werden wir Geschäftspartnern die **vertragliche Handlungsfreiheit** geben, verlässliche Regelungen z.B. zur Nutzung von Daten treffen zu können. In der Gesamtsicht wollen wir einen innovationsfreundlichen Ordnungsrahmen schaffen, so dass wir durch voreilige Regulierungen wie z.B. zur Künstlichen Intelligenz Innovationen und somit neue Geschäftsmodelle nicht bereits vor der Marktreife abwürgen.

Technologieoffenheit ist eine Maxime unserer Politik, daher werden wir den förderfähigen Aufwand der **steuerlichen Forschungsförderung öffnen** sowie **Transferplattformen** in der Verbundforschung **verankern**. Die **industrielle Gemeinschaftsforschung** ist ein Erfolgsmodell, das wir ausbauen werden.

Wunschkapitel: Arbeitsmarktpolitik

Der deutsche Maschinen- und Anlagenbau ist trotz des Rückgangs von knapp 44.000 Arbeitsplätzen in der Corona-Pandemie mit über einer Million Beschäftigten weiterhin der größte industrielle Arbeitgeber und wichtiger Ausbilder junger Menschen in Deutschland. Die Corona-bedingten Erleichterungen beim Bezug von **Kurzarbeitergeld** waren als Überbrückungshilfe **sinnvoll**. Inzwischen liegt die Zahl der Kurzarbeiter zum Beispiel im Maschinenbau wieder auf Vor-Corona-Niveau. Die **Sonderregelungen haben sich** damit **erübrigt**.

Die Wirtschaft, insbesondere der industrielle Mittelstand, steht aufgrund der Digitalisierung und des Klimawandels vor enormen technischen und ökonomischen Herausforderungen – bei deren Bewältigung wir die Unternehmen nicht allein lassen wollen. Bei steigendem Fachkräftebedarf benötigen die Unternehmen gleichzeitig **mehr Flexibilität** für notwendige Transformationsprozesse. Wir werden daher alles tun, um **Einstellungen zu erleichtern**. Ein **flexibler Arbeitsmarkt** ist hierfür die wichtigste Voraussetzung.

Von **weiteren Regulierungen**, z.B. einer Ausweitung der Mitbestimmung oder einem Anspruch auf Homeoffice, werden wir **absehen**. Wir setzen uns im Rahmen der Möglichkeiten des Bundes sowie im Austausch mit den Ländern dafür ein, dass in der Wissensvermittlung – von der Kita bis zur Hochschule – Technik den Stellenwert erhält, wie er einer Industrienation angemessen ist. Zudem werden wir das **Fachkräfteeinwanderungsgesetz praxisnah umsetzen**.

Wir setzen auf **weniger statt mehr Regulierungen im Arbeitsrecht**. Das gilt vor allem für die Zeitarbeit und die Befristung von Beschäftigungsverhältnissen. **Werk- und Dienstverträge** werden wir **nicht weiter einschränken** oder gar verbieten. Wir werden durch eine Reform des starren Arbeitszeitrechts Betrieben und Beschäftigten **größere individuelle Gestaltungsspielräume** geben. Es wird **keine Unterscheidung zwischen tarifgebundenen und nicht-tarifgebundenen Unternehmen geben** (negative Koalitionsfreiheit).

Wunschkapitel: Bürokratieabbau

Der industrielle Mittelstand ist auf gute Rechtsetzung und effizientes Verwaltungshandeln angewiesen. Mit einem **Belastungsmoratorium** für die gesamte Legislaturperiode werden wir diese Unternehmen entlasten und den Aufschwung nach der Corona-Krise begleiten. Dank unseres **Programms für eine bessere Rechtssetzung** sowie der Einsetzung eines **Red-Tape-Ausschusses auf Staatssekretärebene** werden wir Bürokratie abbauen und die Innovationskraft der Unternehmen entfesseln.

Gemeinsam mit den Bundesländern werden wir in einem **Pakt für Modernisierung** Abläufe in der öffentlichen Verwaltung noch schneller digitalisieren. Wir werden **Berichtspflichten** für Unternehmen **reduzieren**, **Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen** und die Kommunikation zwischen Unternehmen und Verwaltung dank einer **Unternehmens-ID** vereinfachen. Auf EU-Ebene werden wir uns für die Ernennung eines **Mittelstandsbeauftragten** innerhalb der EU-Kommission einsetzen. „**Gold Plating**“ **vermeiden** wir, wenn dies die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen schwächt. Das starre deutsche **AGB-Recht** werden wir so **reformieren**, dass es zum modernsten der analogen und digitalen Welt wird und künftig überall auf der Welt Verträge auch nach deutschem Recht abgeschlossen werden.

Ansprechpartner im VDMA

Thilo Brodtmann, VDMA-Hauptgeschäftsführung
Telefon: +49 69 66031 461
E-Mail: thilo.brodtmann@vdma.org

Andreas Rade, Geschäftsführer VDMA-Hauptstadtbüro
Telefon: +49 30 306946-16
E-Mail: andreas.rade@vdma.org

Boris Greifeneder, Referent Strategie und Politik VDMA Hauptstadtbüro
Telefon: +49 30 306946-15
E-Mail: boris.greifeneder@vdma.org